

Langzeitpflege | Staatsrat zeigt wenig Gehör für die Kritik der Oberwalliser Heimleiter

Ins Heim sollen nur noch Pflegebedürftige

SITTEN | Die Anzahl der Langzeitbetten in den Alters- und Pflegeheimen (APH) soll nur noch mässig wachsen. Als Ausgleich sollen die Hilfe- und Pflegeleistungen zu Hause stärker gefördert werden.

Der Staatsrat hat die Planung der Langzeitpflege bis ins Jahr 2020 verabschiedet. Die Ergebnisse des Konsultationsverfahrens seien grundsätzlich positiv bewertet worden, sagt Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten. Deshalb wurden auch kaum noch Korrekturen vorgenommen. Der Kanton macht eine Kurve in Richtung mehr Pflege daheim. Die Planung sieht einen Ausbau des Pflegeangebots vor, mit dem es möglich ist, dass betroffene Personen weiterhin zu Hause wohnen bleiben.

Bis 2020 werden maximal 321 neue Pflegebetten finanziert. Nur 17 davon wird es höchstens im Oberwallis geben. Akuter Bedarf besteht derzeit laut der Staatsrätin aber nur in der Region Siders. Die Planung sei aber nicht abgeschlossen, die gehe ja immer weiter.

Noch fünf Prozent ohne Pflegebedarf

Kritiker monieren, dass bei einer rigorosen Umsetzung künftig kein Bewohner mehr alleine ins Pflegeheim wird laufen können. Denn ins Heim kommen nur noch stark Pflegebedürftige. «Das stimmt. Die Altersheime werden immer mehr zu Pflegeheimen. Aber jedes Heim kann auch künftig fünf Prozent seiner

Betten mit Bewohnern ohne Pflegebedarf besetzen. Es ist uns bewusst, dass Menschen einfach ins Altersheim wollen, obwohl sie nicht pflegebedürftig sind», sagt Waeber-Kalbermatten. Diese Quote sei aber heute mit neun Prozent zu hoch.

Um den künftigen Bedarf zu decken, sind an die 150 000 Stunden Pflege und 120 000 Stunden Hilfe zu Hause zusätzlich erforderlich. Hierbei handelt es sich um einen beträchtlichen Arbeitsaufwand, den die sozialmedizinischen Zentren (SMZ), die privaten Organisationen und die selbstständigen Pflegefachpersonen erbringen müssen. Waeber-Kalbermatten betont, dass es sich dabei «aber um die maximalen Planungswerte handelt». Parallel dazu werden neue Kurzzeitbetten in APH (43 Betten) und neue Plätze in der Tagespflege (83 Plätze) zur Verfügung gestellt. Der Ausbau eines Angebots von Wohnungen mit sozialmedizinischer Betreuung wird entsprechend der Nachfrage und der lokalen Besonderheiten umgesetzt.

Kosten für Gemeinden steigen nicht

Die während der Vernehmlassung von einigen Gemeinden geäusserte Sorge, die Kosten könnten sich zulasten der Gemeinden verschieben, entkräftet die Staatsrätin. Sie erinnert daran, dass seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Langzeitpflege am 1. Januar 2015 die Aufteilung der Finanzierung der öffentlichen Hand geregelt ist. Auf den Kanton entfallen seither 70 Prozent und auf die Gemeinden 30 Pro-

zent aller Leistungen in der Langzeitpflege, was für die Betreuung zu Hause und die Betreuung in APH gilt. Wenn man alles realisieren würde, würden die Pflegekosten um 23 Millionen Franken ansteigen. Bei den Investitionskosten wären es 48 Millionen Franken zusätzlich in den nächsten fünf Jahren.

Die Empfehlungen zur Umsetzung der Planung in Bezug auf die spezifische Betreuung von Demenzerkrankten, die Optimierung der Infrastruktur und die Unterstützung von betreuenden Angehörigen sowie von Freiwilligen wurden während der Vernehmlassung positiv aufgenommen.

An den Empfehlungen für eine verbesserte Koordination zwischen den Institutionen gab es jedoch einige Zweifel. «Mehrere Institutionen befürchten einen Verlust ihrer Autonomie, mehr Zentralisierung und Verwaltungsaufwand. Die Regierung möchte die Koordination zwischen den Institutionen jedoch nicht auf Kosten der Autonomie verbessern», merkt die Staatsrätin an. Es werde schon gut zusammengearbeitet. Mit kantonalen Wartelisten sei die Planung aber einfacher: «Eine gewisse Autonomie geben die Heime da ab. Es muss aber auch in Zukunft das Ziel sein, dass ein Pflegebedürftiger in seiner Region in ein Heim kann.»

Die Kriterien, so Waeber-Kalbermatten, dienen als Leitfaden zur Erreichung des gemeinsamen Ziels und werden miteinander festgelegt: «Wir wollen die richtige Person am richtigen Ort zur richtigen



Länger zu Hause pflegen. Das Angebot der Spitex soll in den nächsten Jahren ausgebaut werden.

FOTO KEYSTONE

Zeit.» Die Umsetzung obliegt den Gemeinden und den Pflegeleistungserbringern.

«Nichts als Zeitverlust»

Die Oberwalliser Pflegeheimleiterinnen und -leiter zeigten sich enttäuscht von der definitiven Planung. Keiner ihrer Kritikpunkte wurde berücksichtigt. «Den Entscheid des Staatsrates gilt es zu akzeptieren. Wir brauchen auch nicht mehr über Betenzahlen zu diskutieren. Jetzt muss man dann halt bei der

Umsetzung versuchen, Einfluss zu nehmen», sagt Urban Eyer, Heimleiter des Santa in Ried-Brig. Schade, so Eyer, sei, dass man beim Kanton einmal mehr nicht auf die «Erfahrungen der Praktiker hört».

Und die Gemeinden müssten sich in Zukunft die Frage stellen, ob sie überhaupt noch mit sehr viel Aufwand Stellungnahmen zu den Vernehmlassungen verfassen wollten: «So sind Stellungnahmen nichts als Zeitverlust.»

hbi